



**Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung  
Department of Urban and Regional Development**



Joachim Becker

**Gegen den Strom**  
**Alternative Kommunalpolitik im Cono Sur**

SRE-Discussion 2000/03

2000

**SRE**

Gegen den Strom

Alternative Kommunalpolitik im Cono Sur

Joachim Becker

Etwas verborgen blühen in den neoliberalen Gefilden des Mercosur einige roten Blumen alternativer Stadtpolitik. Besonders beständig ist ihre Blüte in der uruguayischen Hauptstadt Montevideo sowie in Porto Alegre, der Metropole des südbrasilianischen Bundesstaates Rio Grande do Sul. In beiden Städten stellt die Linke seit etwa einem Jahrzehnt die Stadtregierung, was für lateinamerikanische Verhältnisse recht ungewöhnlich ist. Und ihr Beispiel strahlt auf das Umfeld aus. In Rio Grande do Sul wurde Ende 1998 ein Vertreter der Partido dos Trabalhadores (PT) zum Gouverneur gewählt. In Uruguay verdoppelte das Linksbündnis Frente Amplio (FA) seit dem Ende der Diktatur seine Stimmenzahl und stieg zur wählerstärksten politischen Formation auf. Ihr Präsidentschaftskandidat scheiterte im Dezember 1999 in der Stichwahl nur knapp.

Diese Entwicklungen laufen dem dominanten Trend, nicht nur in Lateinamerika, zuwider. Ansätze alternativer Stadtpolitik waren die Ausnahme, und diese Ausnahmen waren meist recht kurzlebig. Daher stellt sich für uns die Frage: Welche Faktoren ermöglichen eine Linksabweichung der Kommunalpolitik vom nationalen Politikmuster? Speziell geht es uns hierbei auch darum zu untersuchen, wie das bisherige wirtschaftliche Entwicklungsmuster und die Einbindung der Region eine alternative Stadtpolitik eher einschränken oder erweitern.

Wir gehen diese Fragen aus Sicht der Politischen Ökonomie an. Die Möglichkeiten einer alternativen Stadtpolitik scheinen dann größer, wenn das Entwicklungsmuster regional heterogen ist und damit die lokalen Besonderheiten zum Tragen gebracht werden können. Doch ist dies nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung. Wirkliche politische Spielräume ergeben sich nur dann, wenn der nationale Machtblock schwach ist und kein hegemoniales Projekt zu formulieren vermag. In ein solches Vakuum können dann alternative Kräfte stoßen (siehe Becker/Novy 1999a, 1999b).

Doch auch dann ist die Frage, wie Alternativkräfte ein solches offenes Fenster nutzen. Suchen sie die lokalpolitischen Handlungsspielräume, beispielsweise durch eine Stärkung der kommunalen Finanzkraft, auszuweiten oder setzen sie gleich darauf, die lokalen Wahlerfolge als Sprungbrett auf die nationale Ebene zu nutzen? Im einen Fall würden sie eher auf Dezentralisierung, im anderen auf Zentralisierung setzen. Erweitern sie die politische Partizipation in der Stadt oder beschränken sie sich auf eine „bessere“ Stadtverwaltung, also eine linke Variante der „good governance“? Auch die Größe des Fensters ist für eine linke Stadtreform nicht ganz unwichtig. Ein relativer wirtschaftlicher Niedergang der Stadt und entsprechende geschwächte Finanzkraft beschränken das Feld der Handlungsmöglichkeiten. Doch ist diese Beschränkung nicht absolut. Eine linke Stadtpolitik kann ja auch eine lokale Wirtschaftsstrategie enthalten, welche die lokale Ökonomie stärkt. Damit ist letztlich der Zusammenhang zwischen linker Strategie, lokaler wirtschaftlicher Entwicklung und der Bildung eines tragfähigen Blocks für eine alternative Politik von besonderer Bedeutung.

Eine Analyse dieser Fragenkomplexe scheint uns anhand eines Vergleichs zwischen Montevideo und Porto Alegre erhellend. Beide Städte haben mit ca. 1,5 Mio. in etwa dieselbe Einwohnerzahl, ein durchaus vergleichbares kulturelles Umfeld und liegen beide im Wirtschaftsraum des Mercosur. Gleichzeitig unterscheiden sie sich in zentralen Punkten: Porto Alegre verfügt über ein industrialisiertes Umland, Montevideo nicht. Porto Alegre liegt in einem dezentralisierten Großstaat, Montevideo ist die Metropole eines zentralisierten Kleinstaats. Die brasilianische PT setzt auf eine Stärkung ihrer lokalen (und regionalen) Bastionen, die uruguayische Frente Amplio sieht die Stadtregierung eher als Sprungbrett zur Regierungsübernahme im zentralisierten Nationalstaat. Zu verstehen sind diese unterschiedlichen strategischen Optionen nur vor dem historischen Hintergrund. Daher ist der Diskussion der aktuellen alternativen Stadtpolitik ein historischer Abriss zur wirtschaftlichen und politischen Stadtentwicklung im jeweiligen regionalen Kontext vorangestellt.

Montevideo

Das gesamte 19. Jahrhundert war in Uruguay durch den scharfen sozio-ökonomischen und sozio-politischen Gegensatz zwischen der Handelsmetropole Montevideo und dem ländlichen Hinterland geprägt. Montevideo entwickelte sich zu einem wichtigen Überseehafen nicht nur für Uruguay selbst, sondern zunächst auch für die Gesamtregion. Im Verlaufe des 19. Jahrhunderts verlor Montevideo jedoch relativ an Bedeutung. Mit der Konsolidierung der Territorialstaaten zerteilten Zoll- und Währungsgrenzen zunehmend den Wirtschaftsraum, so daß Montevideo ein Teil seines Hinterlandes, vor allem an Buenos Aires, verlor. Der Hafen von Buenos Aires wurde Ende des 19. Jahrhunderts auch wesentlich früher vergrößert und modernisiert als die Anlagen in Montevideo (Jacob 1996). Dadurch geriet die uruguayische Metropole noch weiter und dauerhaft ins Hintertreffen. Einen gewissen Ausgleich schuf die verbesserte infrastrukturelle Erschließung des uruguayischen Landesinneren, des Interior, die weitgehend in den Händen des britischen Kapitals lag (Jacob 1996). Britisches

Kapital spielte auch bei der Schaffung städtischer Infrastruktur in Montevideo eine wichtige Rolle, obgleich hier wichtige Impulse vom zentralen und lokalen Stadt ausgingen. Von besonderer Bedeutung war der Aufbau eines Straßenbahnnetzes, das die Grundlage für die Stadterweiterung und eine einträgliche Immobilienspekulation legte. Das Immobiliengeschäft kam der Rentiersorientierung der führenden Kreise sehr entgegen (Cocchi et al. 1980: 15 ff.). Mit dem Wachstum der Stadt entstand im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts auch ein industrielles Kleingewerbe. Es lag meist in den Händen von Immigranten und war auf den Konsumbedarf der städtischen Bevölkerung ausgerichtet (Jacob 1981: Kap., Millot/Bertino 1996: Kap. VII). Politisch tonangebend war jedoch die Handelsbourgeoisie, die eng mit britischen Interessen liiert war (Winn 1975).

Dem städtischen Machtblock stand ein ländlicher Machtblock unter Führung von Großviehzüchtern gegenüber. Parteipolitisch waren diese Blöcke als Colorados bzw. Blancos organisiert. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde der Konflikt vorübergehend durch eine Dezentralisierung und territoriale Machtteilung stillgelegt. 1903/4 versuchte der ländliche Machtblock letztmalig sich mit militärischen Mitteln durchzusetzen – und verlor entscheidend (Mendez Vives 1992: 84 ff., 115 ff.).

Den militärischen Sieg nutzten die Colorados unter der Führung von Batlle Ordonez zu weitreichenden politischen Weichenstellungen. Dabei suchten sie sich bei der Staatsreform nach zwei Seiten abzusichern: einerseits gegen den ländlichen Machtblock, andererseits gegen die in Montevideo entstehende Arbeiterbewegung, die gegen Ende des Jahrhunderts schon einige kräftige Lebenszeichen von sich gegeben hatte. Da die ländliche Fronde von regionalen Machtbastionen ausgegangen war, suchten die siegreichen Colorados die Prävention in einer Zentralisierung des Staates. Gleichzeitig suchten sie widerstrebende Interessen in ein integratives Staatsprojekt einzubinden. Vergrößerte Spielräume versuchten sie durch eine Ausweitung des öffentlichen Sektors zu schaffen, welcher der wirtschaftlichen Entwicklung Impulse geben sollte. Ebenfalls unter Verweis auf das Allgemeinwohl – und als eindeutiges Angebot an die städtische ArbeiterInnenklasse – machte sich die Regierung an weitreichende Sozialreformen, wie die Einführung eines Acht-Studentages und der Sozialversicherung. Darin war sie vielen europäischen Ländern voraus (Finch 1993: 223, Filgueira/Filgueira 1994). Dieses Staatsprojekt hat einige Parallelen zur Entwicklungsdiktatur der Partido Republicano Rio-Grandense (RPR) im benachbarten brasilianischen Bundesstaat Rio Grande do Sul (siehe Targa 1998a, 1998b), unterschied sich jedoch in seinem Festhalten am Parlamentarismus und in seiner sozialen Basis markant von diesem. Doch hatte das batllistische Reformprojekt deutliche Grenzen. Das Auslandskapital blieb in weiten Bereichen dominant und die Prosperität des Landes hochgradig vom Rohstoffexport abhängig. Dies sollte sich recht bald als Reformbremse erweisen. Im Teenager-Alter des 20. Jahrhunderts wurde der ländliche Machtblock in einer untergeordneten Position integriert. Materielle Angebote an die städtische Arbeiterschaft und die ideologische Auseinandersetzung traten in den Hintergrund. Die Bindung erfolgte jetzt verstärkt durch klientelistische Praktiken in Staatsapparat und staatlichen Unternehmen (Costa Bonino 1988: 26). Die Infrastrukturprojekte stärkten zwar die Wirtschaftskraft, gaben der Wirtschaftsentwicklung aber keine neue Richtung. Die öffentlichen Investitionen gingen in Montevideo zu einem großen Teil in die Stadtverschönerung, wie den Bau einer großzügigen Küstenstraße. Das Projekt einer „Gartenstadt“ harmonisierte bestens mit üppigen Privatinvestitionen im Immobilienbereich. En vogue war jetzt die Küstenfront. Hier dehnte sich die Stadt aus und entfaltete sich der Tourismus. Wohlhabendes Klientel, auch aus dem benachbarten Argentinien, zogen dabei auch die stadteigenen Casinos an (siehe Jacob 1988).

Mit der „großen Krise“ der 30er Jahre brachen Exporte und Importmöglichkeiten Uruguays schwer ein. Dem extravertierten Entwicklungsmodell, das auf der Ausfuhr von Viehzuchtprodukten basierte, war die Grundlage entzogen. Mit einschneidenden Maßnahmen wie einer Devisenkontrolle, Abwertungen und einem zeit- und teilweisen Moratorium bei der Bedienung der Auslandsschuld suchte die Regierung, die vorübergehend autoritären Charakter annahm, der Zahlungsbilanzkrise Herr zu werden (Millot et al. 1973: 88 ff., Jacob 1983, Bértola 1991: 169 ff.). Faktisch erfreute sich der bislang eher vernachlässigte binnenmarktorientierte Sektor starker Protektion. In Ermangelung von Alternativen flossen in die binnenmarktorientierte Industrie neue Investitionen. Zu den Investoren zählten nun auch Großgrundbesitzer und Handelskapital. Es bildeten sich hochgradig oligopolitische Gruppen mit Verflechtungen zwischen Industrie, Großgrundbesitz und Banken heraus. Damit veränderte sich auch der Machtblock (Stolovich et al. 1987). Die Industrialisierung war hochgradig in Montevideo konzentriert. 1960 entfielen auf die Metropole 77,8% der industriellen Bruttoproduktion Uruguays (Anichini 1969: 20, Tab. X). Die Stadt erlebte, vor allem in der unmittelbaren Nachkriegszeit, einen wirtschaftlichen Aufschwung und Diversifizierung. Ab Anfang der 40er Jahre hatte auch die Arbeiterschaft Anteil am Aufschwung. Über „Lohnräte“ wurde die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften einerseits gestärkt, andererseits neokorporatistisch eingebunden. Die Reproduktionskosten der städtischen Arbeitskräfte wurden durch die ab 1943 für gut drei Jahrzehnte geltende staatliche Mietkontrolle gedämpft (Capandeguy/Crocco 1994: 146). Auf dem Land blieb alles beim Alten.

Bereits Mitte der 50er Jahre geriet das binnenorientierte Modell in die Krise. Mit dem Ende des Korea-Kriegs war es mit dem Boom der Rohstoffmärkte vorbei. Die industriellen Importe waren unwichtiger als in der Vorkriegszeit. Angesichts einer starken Abschottung bestanden kaum Exportmöglichkeiten in die Nachbarstaaten. Bei der gegebenen Einkommensverteilung war auch der Binnenmarkt ziemlich ausgereizt, die Kleinstaatlichkeit ließ diese Limitation besonders schnell fühlbar werden. Damit stieß das Wirtschaftsmodell an innere und äußere Grenzen (Bértola 1991: 233 ff.). Die Investitionen orientierten sich auf die Finanz- und

Immobilienphäre um. Zeitweilig fehlten allerdings für Immobiliengeschäfte die Finanzmittel. Dies hing mit den Instabilitäten des Finanz- und Geldsystems zusammen. Die Banken liessen sich auf sehr riskante Operationen ein. Das Resultat waren schwere Banken Krisen im Jahr 1965 und dann wieder 1970/71. Die Kapitalflucht nahm endemische Ausmaße an, die Wirtschaft begann sich zu dollarisieren und die Auslandsschuld explodierte (Calloia et al. 1984, Noya et al. 1998). Der Internationale Währungsfonds (IWF) forderte eine sozial regressive Politik. Diese entsprach auch den Wünschen des nationalen Machtblocks. Sozial regressiv war auch die Entwicklung der Stadt. Erhebliche Teile der Bevölkerung verarmten. Die soziale Segmentierung der Stadt wurde auch vom Stadtentwicklungsplan aus dem Jahr 1956 und der politischen Praxis forciert (Kroch 1998: 10). Es bildeten sich drei, relativ klar umgrenzte Stadtsegmente heraus:

- das infrastrukturell gut erschlossene, aber sozial absteigende Stadtzentrum;
- die aufstrebende Küstenfront mit Wohngebieten für die oberen Bevölkerungsschichten;
- die neuen Marginalviertel mit unzureichender Infrastruktur am Stadtrand (Altmark et al. 1998).

Etwas abgemildert wurde die Segmentierung durch die nach wie vor bestehende Mietpreiskontrolle. Die Bindungskraft des nationalen Machtblocks ließ nach. Er konnte städtischer Arbeiterschaft und Mittelklasse weder kollektiv eine Aufstiegsperspektive bieten, noch waren die Möglichkeiten zur individuellen Vereinnahmung über Klientelismus so groß wie in der Vergangenheit. Nationale Emanzipationsbewegungen in der Dritten Welt und die Studentenbewegung von Berkeley und Mexico bis Paris und Marburg gaben in den 60er Jahren der autonomen Linken, die weit überwiegend auf den parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf, in einer Minderheit auf die Stadtguerilla orientiert war, neue Impulse. Bei den sozialen Bewegungen waren die SchülerInnen- und StudentInnenbewegung sowie die Gewerkschaften besonders wichtig (Nahum et al. 1994: 161 ff., Zubillaga/Pérez 1996: 26 ff.). Die Gewerkschaften machten Mitte der 60er Jahre durch die Bildung eines gemeinsamen Dachverbandes, der Convención Nacional de Trabajadores (CNT), einen großen Schritt nach vorn. Die Gewerkschaften sahen sich als mehr denn nur eine Agentur zur Er kämpfung höherer Löhne, die im übrigen von einem Indexwert von 100 im Jahr 1957 auf nur noch 70,2 im Jahr 1972 fielen (Cancela/Melgar 1985: 17, Tab. 1). Eine Besserung versprachen sie sich nur von einem grundlegenden sozialen Wandel. So heißt auf dem 1. Kongreß der CNT im Jahr 1969: „Die CNT hat diesen Kampf nicht nur als gewerkschaftlichen Kampf definiert, sondern als einen politischen Kampf, in dem zwei Orientierungen aufeinander treffen: die eine von IWF, Oligarchie und Imperialismus; die andere von der CNT mit einem Programm nationaler Lösungen“ (zit. nach Nahum et al. 1994: 164). Die parteipolitische Linke folgte 1971 dem gewerkschaftlichen Beispiel und vereinigte sich zur Frente Amplio, deren Spektrum von der Christdemokratie bis zur radikalen Linken reicht. Waren die zerplitterten Linksparteien zuvor nie über 10% der Stimmen gekommen, erreichte die Frente Amplio 1971 Wahlen landesweit auf Anhieb 18,3% der Stimmen, in Montevideo sogar 30,1%, im Interior nur 9,6% (Nahum et al. 1994: 78 & 80, Tab. 1 & 2). Das Wahlergebnis zeigt die regional sehr ungleichmäßige Verankerung der Emanzipationsbewegung auf. Ihr Zentrum war Montevideo, im Interior blieb sie eher schwach. Ziel der Linken war trotz ihrer einseitigen Verankerung in der Metropole nicht der Aufbau einer lokalen Machtposition, sondern die Erringung der Kommandohöhen des nationalen Entwicklungsstaates. Die Orientierung auf den Nationalstaat teilte sie mit anderen reformistischen und radikalen Bewegungen in Lateinamerika, gerade auch des Cono Sur. Diese Orientierung war insofern schlüssig, als sie den in der Krise befindlichen nationalen Entwicklungsstaat zum Ausgangspunkt ihrer nationalstaatlichen Transformationsstrategien machen wollte.

Uniform war auch die Reaktion der Rechten in den Cono Sur-Staaten auf Wirtschafts- und drohende Staatskrise: Autoritarismus und Militärputsch sowie Übergang zu einem liberalen Wirtschaftsmodell (siehe O'Donnell 1996). In Uruguay putschte das Militär 1973. Ihr Schlag richtete sich gegen die (großstädtische) Emanzipationsbewegung. Das Militär schaltete die parlamentarischen Vertretungsorgane aus, verbot die Parteien und verfolgte die Linkskräfte. Es zentralisierte auch den Staat, die Gemeindeautonomie wurde aufgehoben, die Departamentos, so auch Montevideo, verloren ihre Besteuerungsrechte (Risso Ferrand 1989: 22). Das Militärregime setzte eine stärker liberale, außenorientierte Wirtschaftspolitik durch. Zunächst förderte sie eine verstärkte Exportorientierung, nach einer Stabilisierung der Zahlungsbilanz die monetäre Akkumulation. Die zweite Variante der Wirtschaftspolitik beinhaltete eine überbewertete Währung. Hohe Zinsen sollen die einheimischen Anleger erfreuen und ausländisches Kapital anziehen, so daß die entstehenden Leistungsbilanzdefizite abgedeckt werden. Ist der Verschuldungskrug so lange zum Wasser gegangen, bis er bricht, erfolgen eine Abwertung und eine Forcierung der Exporte. Dieses Wechselspiel ist für Uruguay zumindest seit Anfang der 70er Jahre prägend (Becker/Raza 1999, siehe auch Cancela/Melgar 1985, Macadar 1992, Astori 1996). Beide Varianten der Wirtschaftspolitik erfordern ein Drücken der Löhne. Über ihren sozial regressiven Charakter hinaus sind aber auch noch einige weitere Konstanten der Wirtschaftsstrategie festzustellen. Das uruguayische Militär suchte nicht nur in der Repression die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten (Mariano 1998), sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet. 1974 schloss es ein bilaterales Abkommen mit Argentinien, 1975 mit Brasilien. Dann schon unter einer Zivilregierung, fand diese Politik 1991 eine Fortsetzung im Mercado Común del Sur (Mercosur). Regionale Exporte stimulierten vor allem einige agro-industrielle Branchen. Die stark binnenmarktorientierte Industrie in Montevideo war hingegen von der Außenöffnung schwer getroffen (Altmark et al. 1998). Hingegen wuchsen schubweise und in Abhängigkeit vom

jeweils vorherrschenden Regulierungsmuster die Sub-Sektoren Finanzdienstleistungen und Immobilien, was als Ausdruck ökonomischer Stagnation zu werten ist. Der in Montevideo konzentrierte Bankensektor hat sich allerdings weiter als krisenanfällig erwiesen und seit 1981 einen starken Stellenabbau erfahren. Er ist hochgradig internationalisiert und – mit Ausnahme der Staatsbanken – nicht auf das Kreditgeschäft mit uruguayischen Produktionsunternehmen ausgerichtet. Er zieht auch Fluchtgeld aus Argentinien an (siehe Lopez Gallero 1993, Caumont 1998). Das Immobiliengeschäft trug in Montevideo 1993 satte 20,3% zur „Bruttowertschöpfung“ bei (Convenio UTE-Universidad de la República o.J.: Tab. A 14). Die relative Bedeutung Montevideos in der uruguayischen Wirtschaft hat infolge der Umstrukturierungen in den letzten beiden Jahrzehnten abgenommen. Sein Anteil an der Brutto-Wertschöpfung fiel von 83,7% im Jahr 1978 auf nur noch 60,0% im Jahr 1993 (Vaillant 1996: 118, Tab. 3, Convenio UTE-Universidad de la República o.J.: Tab. A4). Ohne ökonomisch relevantes Hinterland hat Montevideo auch im Rahmen des Mercosur ökonomisch an Bedeutung eingebüßt, obgleich das Sekretariat des Mercosur in Montevideo beheimatet ist. Dieser ökonomische Bedeutungsverlust hat in den letzten Jahren auch darin einen Ausdruck gefunden, daß immer weniger Fluggesellschaften Montevideo direkt anfliegen und stattdessen die Verbindung über Buenos Aires erfolgt.

Die Militärdiktatur, die allerdings nicht ganz monolithisch war (Dressler 1978), führte zu einer bis heute anhaltenden sozialen Polarisierung. Als die Parteien während der Diktatur als Interessenvertretungen ausfielen, ließ die Verschlechterung der sozialen Verhältnisse nach und nach neue Akteure auf die Bühne treten. „Im allgemeinen handelte es um überwiegend städtische Bewegungen mit territorialer Basis. Sie waren auf grundlegende soziale Forderungen (auf Gebieten wie dem Wohnen, der Gesundheit oder der Ernährung) orientiert, die als Reflex auf die autoritäre Politik und die scharfe Verarmung auftauchten“ (Caetano/Rilla 1996: 68, siehe auch Equipo 23 1995). Ihren Höhepunkt hatten sie in den Mobilisierungen der Jahre 1983/84. Eine wichtige Protagonistenrolle hatten auch die Gewerkschaften im Widerstand gegen die Diktatur. Die sozialen Bewegungen schufen auch Spielräume für die Parteien, die im paktierten Übergang zum Parlamentarismus zentraler Verhandlungspartner der Militärs waren. Das Parteiensystem wurde in derselben Form wiederhergestellt, wie es vor der Diktatur bestanden hatte. Im Gegensatz zur Unidad Popular Chiles vermochte die Frente Amplio über die schweren Jahre der Diktatur ihre Einheit zu wahren.

Auf nationalstaatlicher Ebene nahmen die traditionellen Parteien, Colorados und Blancos, das Zepter wieder in die Hand und setzten die Wirtschaftspolitik der Militärdiktatur in den Grundzügen fort. In gewisser Weise radikalisierten sie die Wirtschaftspolitik sogar noch nach rechts. Sie suchten dem Kapital durch Privatisierung von Staatsbetrieben und die Privatisierung der Sozialversicherung neue Anlagesphären zu eröffnen, wie es den Empfehlungen internationaler Organisationen (z.B. der Interamerikanischen Entwicklungsbank) und der Praxis der Cono Sur Staaten Argentinien und Chile und zuletzt auch Brasilien entsprach. Diese Politik stieß auf stärkere Widerstände als in anderen Staaten Lateinamerikas. Die Linke initiierte 1992 ein Referendum gegen die Privatisierungen und gewann es deutlich. Damit wurde die Privatisierungspolitik erschwert, aber nicht gestoppt. Die Teilprivatisierung der Pensionsversicherung konnte die Linke nicht verhindern, aber abmildern. Bei den Kontroversen um die Privatisierung wurde deutlich wie stark das etatistische Erbe in Uruguay noch ist. Als Entwicklungsagentur und Instrument sozialen Ausgleichs wird dem Staat von breiten Sektoren der Bevölkerung eine wichtige Rolle beigemessen. Die etatistischen Traditionen und der im Vergleich zu anderen Staaten des Cono Sur geringere Grad sozialer Atomisierung eröffnet der Linken verhältnismäßig große Handlungsspielräume. Allerdings traten die sozialen Bewegungen gegenüber den Parteien des Linksbündnisses Frente Amplio in den Hintergrund. Trotzdem haben sie in mancher Hinsicht dem Vormarsch der Frente Amplio (FA) bei den Wahlen den Boden bereitet. Eine wichtige Etappe war der Wahl eines Kandidaten der Frente Amplio, Tabaré Vazquez, zum Bürgermeister von Montevideo im Jahr 1989. Damit entwickelte sich Montevideo zu einem gewissen linken Gegengewicht gegenüber den rechtsliberalen Zentralregierungen. Zentrale Elemente der FA-Stadtpolitik in Montevideo waren eine Staatsreform und eine Stärkung des „öffentlichen Konsums“. Ohne eine Reform des Lokalstaats schien eine andere Politik undenkbar. Die bestehende Stadtverwaltung, deren Personal seine Posten überwiegend der klientelistischen Gunst der Jahrzehnte regierenden Colorados verdankte, war, wie die FA-Abgeordnete Margarita Percovich in einem Interview mit der *il* (Nr. 217/1998: 17) sagt, „in jeder Hinsicht verwahrlost“. Ein Teil der Stadtangestellten erwies sich für ihre Posten völlig ungeeignet. Leitende Angestellte gab es zuhauf. Diese betrachteten ihren unkündbaren Posten bei der Stadt, den sie politischer Patronage verdankten, als eine Art Zubrot und glänzten durch häufige Abwesenheit. Tatsächlich kam es über die Verwaltungsreform zu Konflikten mit der Gewerkschaft der öffentlichen Bediensteten. Die neue Stadtregierung konnte jedoch dadurch punkten, daß sie die Verwaltungsreform offensiv in Form einer Dezentralisierung der Stadtverwaltung vorantrieb. Der erste Schritt war die Schaffung von 18 Centros comunales zonales, auf die nach und nach 200 Verwaltungsvorgänge und Dienstleistungen übertragen wurden. 1993 wird diese Verwaltungsdezentralisierung durch eine politische Komponente, die Schaffung von juntas locales und consejos vecinales, ergänzt. In den juntas locales sitzen jeweils drei Vertreter der Regierungskoalition und zwei OppositionsvertreterInnen. Die consejos vecinales werden gewählt, haben aber nur beratende Funktion (Silveira 1995, Percovich 1998). In ihrem Rollenverständnis haben sich diese beiden Gremien auseinander entwickelt, so Eduardo Gudynas (Vortrag in Wien, 28.10.1999). Erstere seien parteipolitisch orientiert und suchten aus Partearraison Konflikte kleinzureden. Die consejos vecinales seien

hingegen eher parteifern. Da diese aber nur beschränkte Kompetenzen haben, würden manche lokale Gruppen versuchen, über direkten Kontakt mit der zentralen Stadtverwaltung bestimmte Dinge durchzusetzen. Die FA-Stadtregierung setzte zwar auf eine Reform des lokalen Staates, nicht aber auf eine Veränderung der staatlichen Kompetenzen zwischen Zentralregierung und Departamentos. Dabei hat sich die fehlende fiskalpolitische Autonomie und Finanzkraft als eine gravierende Restriktion herausgestellt. Initiativen zur Stärkung der städtischen Finanzkraft, wie einer Abwasserabgabe, wurden von zentralstaatlichen Instanzen blockiert. Die Zentralregierung hielt Montevideo finanziell kurz. Besonders restriktiv zeigten sich die Colorado-Regierungen, da sich die Colorados mit ihrer eher städtischen Basis durch den Vormarsch der Frente Amplio besonders bedroht sehen (siehe Brecha, 19.3.1999: 5). Die fortgesetzte Orientierung der Linken auf den Zentralstaat dürfte sich dadurch erklären, daß sie ein nationalstaatzentriertes Wirtschafts- und Gesellschaftsprojekt verfolgen und sich reale Chancen auf eine Regierungsübernahme in absehbarer Zeit ausrechnen.

Für einen weiteren Vormarsch auf nationaler Ebene sollte der lokalpolitische Erfolg oder Mißerfolg der FA-Lokalpolitik von großer Bedeutung sein. Die erste FA-Stadtregierung unter dem Sozialisten Tabaré Vazquez setzte auch politisch den Akzent an der lange vernachlässigten Peripherie der Stadt. Hier suchte sie die infrastrukturelle Versorgung zu verbessern. Zentrale Stadtprojekte waren hierbei der Aufbau von Polykliniken und der Ausbau der Kanalisation am Stadtrand. Die zweite Stadtregierung, die nun von Mariano Arana, einem Vertreter der Vertiente Artiguista, geführt wurde, setzte den Akzent stärker beim Stadtzentrum und der Stadtplanung. Hohe Sichtbarkeit hatten hierbei die Instandsetzung öffentlicher Räume, wie der Rambla an der Küste, Parks und Plätze, die z.T. in Kooperation mit Privatfirmen erfolgte, und die Verabschiedung eines Plan de Ordenamiento Territorial im Jahr 1998. Eine eigene ökonomische Strategie verfolgten die FA-Stadtregierungen nicht (Raza 2000). Allerdings ließ die Stadtregierung zuletzt ein Interesse an Großprojekten erkennen, deren Durchführung jedoch in privater Hand läge. Das vielleicht bekannteste Vorhaben ist der Plan Fenix, der mit kommerziellen Komplexen die Hafengegend beleben soll.

In der FA-Stadtpolitik ist also eine Akzentverschiebung zu beobachten. In der ersten Regierungsperiode mit ihrer Akzentsetzung an der Peripherie haben möglicherweise die Mobilisierungen der neuen sozialen Bewegungen in den 80er Jahren noch nachgewirkt. Diese haben jedoch nach und nach an Schlagkraft verloren. Parallel ging das Gewicht der radikaleren Linken in der FA, vor allem der Kommunistischen Partei, zurück. Die Krise der KP hatte auch negative Rückwirkungen auf die Gewerkschaften, in denen die KP eine wichtige Rolle spielte. Zudem war, wie Raza (2000) betont, das Wählerpotential bei der traditionellen Arbeiterklasse und der Marginalbevölkerung ziemlich ausgeschöpft. Eine Verbreiterung der WählerInnenbasis war in Richtung Mittelklasse denkbar. Für diese ist die Politik der Stadtregierung Arana ansprechend. Diese ist auch kompatibel mit der Entwicklung des Dienstleistungssektors und der Übernahme von Verwaltungszentralfunktionen im Mercosur. Der Plan Fenix könnte sich allerdings als Eigentor erweisen. Denn die Gleisanlagen sollen in seinem Rahmen ein Stück vom Hafen weg verlegt werden. Gleichzeitig dürfte die Bahn jedoch in den nächsten Jahren für den Export von Holz erhebliche Bedeutung gewinnen. Damit würde das Großprojekt den Hafen devitalisieren und einen Transportengpaß beim Export schaffen. Den Kern der Krise der städtischen Ökonomie geht die Stadtpolitik nicht an, mildert aber ihre Auswirkungen.

Das Zugehen auf die Mittelklasse schlug sich nicht nur im Wahlergebnis, sondern auch in der Partizipationsbereitschaft bisher eher FA-ferner Kreise der Mittelklasse nieder. So kandidierten im Zentrum der Stadt bei den jüngsten Wahlen zu den consejos vecinales Geschäftsleute. Die Wahlbeteiligung im Zentrum war ziemlich hoch. Das galt auch für die Randbezirke mit schlechter Infrastruktur und entsprechenden Erwartungen an die Stadtverwaltung. In den traditionellen Arbeiterhochburgen der Frente Amplio entlang der Hafengebucht gingen aber nur wenige zur Wahl. Hier schlägt die Krise der Industrie voll durch und sind angesichts der existierenden Infrastruktur auch keine größeren städtebaulichen Initiativen der Stadt zu erwarten (Brecha 30.10.1998: 10).

Der Spagat zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen fällt der FA nicht leicht. Bislang hat sie jedoch ihr traditionelles Wählerpotential in Montevideo nicht nur halten, sondern in Richtung Mittelklasse ausbauen können. In den letzten nationalen Wahlen gelangen ihr auch substantielle Fortschritte im Umland von Montevideo sowie in städtischen Zentren des Interior, wie Paysandú. Sie stieg mit 40% der Wählerstimmen zur stärksten Partei auf, ihr Präsidentschaftskandidat, der frühere Bürgermeister von Montevideo, Tabaré Vazquez, scheiterte in der Stichwahl nur relativ knapp gegen die Phalanx der „traditionellen“ Parteien. Damit gelang der FA noch nicht der Regierungsübernahme auf nationaler Ebene, in vielen Fragen erreichte sie aber eine parlamentarische Sperrminorität. Diese könnte vielleicht auch ihre Spielräume auf kommunalpolitischer Ebene erweitern.

## Porto Alegre

Bis ins 18. Jahrhundert war das heutige Rio Grande do Sul, dessen Hauptstadt Porto Alegre ist, Teil eines sozio-ökonomisch und kulturell ziemlich homogenen La Plata-Beckens. Ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts begannen sich die spanischen und portugiesischen Teile des La Plata-Beckens wirtschaftlich unterschiedlich zu orientieren. Der spanische Teil wurde, zunächst über die Lederproduktion, zunehmend in die

Wirtschaftskreisläufe des sich industrialisierenden Europa eingebunden, während sich die Viehproduktion des äußersten Südens Brasiliens zunehmend auf den dortigen, durch die Sklaverei geprägten Binnenmarkt orientierte (Reichel/Gutfreind 1998: 14, siehe auch Targa 1996a: 26). Dies war auch der sozio-ökonomische Hintergrund, vor dem sich die Unabhängigkeitskriege und Grenzkonflikte des 19. Jahrhunderts im La Plata-Becken abspielten.

Die Grenzlage war für Rio Grande do Sul sozio-ökonomisch wie –politisch prägend. Bedeutsame militärische Einrichtungen befanden sich in Rio Grande do Sul, speziell auch in Porto Alegre. In bestimmten Situationen spielte das riograndensische Militär eine wichtige Rolle in sozio-politischen Konflikten (siehe Targa 1996a: 34 ff.). Mit der Grenzlage hing auch die Ansiedlung von Kleinbauern europäischer Herkunft, vor allem von Deutschen und Italienern, während des brasilianischen Kaiserreiches zusammen. Die Idee hierzu hatte die Kaiserin Dona Leopoldina, die österreich-ungarischen Ursprungs war. Das Projekt entsprach der Habsburger Praxis in den Grenzregionen zum Osmanischen Reich. Die Ansiedlung von Kleinbauern sollte nicht nur militärisch die Grenze nach Süden befestigen und den potentiellen Separatismus von Großgrundbesitzern einbremsen, sondern auch ein politisches Gegengewicht zum Großgrundbesitz schaffen (Targa 1996a: 28 ff.). Auf gesamtstaatlicher Ebene gelang letzteres nicht, wohl aber in Rio Grande do Sul als einziger Region Brasiliens (Targa 1996b: 91).

Die Region der Kleinsiedler befindet sich im bergigen Hinterland im Norden von Porto Alegre, das sich ab Mitte des 19. Jahrhunderts zum Handelszentrum für die kleinbäuerliche Landwirtschaft entwickelte. Den Händlern ermöglichte die allmähliche Kommerzialisierung der Kleinlandwirtschaft eine substantielle Akkumulation (Ceipek 1998: 29 ff.). Die Stadt wie die Anforderungen an die städtische Infrastruktur wuchsen. Porto Alegre erhielt einen zentralen Markt (1842), eine Wasserversorgung (1861), Straßenbahn (1864), öffentliche Beleuchtung (1870), Telephone (1884) und diverse kulturelle Einrichtungen. Hierbei war die städtische Initiative vielfach zentral, die Dienste wurden jedoch oft durch Auslandskapital finanziert und betrieben (Macedo 1993, Almeida 1996a: 101). Die Region um Porto Alegre holte ökonomisch gegenüber dem bislang dominanten Süden des Bundesstaates mit seiner Viehzucht und Trockenfleischproduktion auf. Die Produktionsmethoden im Süden waren besonders archaisch. Das Trockenfleisch wurde von Sklaven hergestellt. Die Hauptabsatzgebiete lagen in Brasilien (Ceipek 1998: 25 ff.).

Die unterschiedlichen Produktionsstrukturen des Bundesstaates schlugen sich in rivalisierenden Machtblöcken nieder (Pesavento 1997: 53). Gegen die Großviehzüchter stellte sich ein Block aus städtischer Mittelklasse und dissidenten Viehzüchtern sowie Vertretern der (italienischen) Siedler wie auch Händlern und Gewerbetreibenden, die eng mit der Kleinlandwirtschaft verwoben waren (Pesavento 1997: 66, Targa 1996b: 91). Dieser Block organisierte sich im Partido Republicano Rio-Grandense (PRR) und strebten eine andere Form des regionalen Staates an, der einen sozialen Interessenausgleich schaffen und der wirtschaftlichen Diversifizierung förderlich sein sollte. Sie wollten „den wirtschaftlichen Fortschritt mit der Bewahrung der gesellschaftlichen Ordnung in Einklang bringen“ (Pesavento 1997: 67, siehe auch Targa 1996b). Diese Vision lehnte sich an den Positivismus Auguste Comtes an. Die Konflikte spitzten sich mit dem Ende der Sklaverei (1888, in Rio Grande do Sul schon 1884) und der Monarchie (1889) zu. In einem blutigen Bürgerkrieg setzte sich zwischen 1893-95 die PRR durch, welche die Sympathie des in Rio Grande do Sul stationierten Militärs besaß.

Sie installierte eine „positivistische Diktatur“, die gut drei Jahrzehnte dauerte. Die Macht war hochgradig in den Händen des Gouverneurs konzentriert, das Regionalparlament war einflußlos. Gleichzeitig sah die PRR den Staat als dem Gemeinwohl verpflichtet an. Diese Verpflichtung fand ihre konkrete Umsetzung in einer verhältnismäßig progressiven Fiskalpolitik, Ausbau der Infrastruktur in Allianz mit dem Auslandskapital, Förderung der Kleinlandwirtschaft, indirekte Gewerbeförderung sowie Ausgleichsversuche zwischen Kapital und Arbeit (Targa 1996b, Pesavento 1993, Ceipek 1998: 70 ff.). Diese Art der Politik war einzigartig im sozio-ökonomisch heterogenen und politisch dezentral regierten Brasilien der „República Velha“ (1889-1930). Hingegen gab es einige Parallelen zwischen dem Staatsprojekt der Batlles in Uruguay und jenem der PRR in Rio Grande do Sul. Bei beiden handelte es sich um eine „konservativen Modernisierung“ (Targa 1996b: 92), und beide waren einem sozialen Ausgleich verpflichtet. Allerdings war die rio-grandensische Variante ungleich autoritärer angelegt. Das mag mit ihrer schärferen Stoßrichtung gegen die Großviehzucht zusammenhängen. Im Gegensatz zu den sehr urbanen Colorados in Uruguay besaß die PRR eine solide ländliche Basis in Form der kleinbäuerlichen Siedler. Für Targa (1996b: 91) „war die agrarische Diversifizierung das Ferment für die Existenz der Positivisten und der Umsetzung ihres Werks“.

Die Existenz der kleinbäuerlichen Siedler war auch der Ausgangspunkt einer ungleich diversifizierteren Entwicklung im Nordosten Rio Grande do Suls als im viehwirtschaftlich geprägten Süden des Bundesstaates und in Uruguay. Die diversifizierte Landwirtschaft der Siedler war sowohl eine Quelle der Akkumulation als auch ein Absatzmarkt für eine beginnende frühindustrielle Entwicklung. Daher erfuhr speziell die Industrie im Nordosten des Landes, mit einem Schwerpunkt in Porto Alegre, aber durchaus polyzentrischen Charakters, ab den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts einen Aufschwung. Sie war durch Klein- und Mittelbetriebe geprägt und auf den lokalen Markt ausgerichtet. Potentiell war aber auch der Absatz auf anderen regionalen Märkten Brasiliens denkbar (Reichel 1993, speziell 262 ff., Bandeira 1994: 23 ff., Almeida 1996a & b, Ceipek 1998: 49 ff.). Porto Alegre war auch Finanzzentrum Rio Grande do Suls und wichtiger Handelsplatz. Der ökonomische

Aufschwung der Stadt war begleitet von einem Ausbau und einer partiellen Kommunalisierung der Infrastruktur sowie einem rapiden Aufbau einer Bundesuniversität (Almeida 1996a: 101).

Mit der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre geriet das exportorientierte Wirtschaftsmodell Brasiliens, in das Rio Grande do Sul als Lieferant billiger agrarischer Lohngüter eingebunden war, in die Krise. Über den Ausweg aus der Krise kam es zu einem heftigen politischen Konflikt, in dem sich 1930 eine heterogene Allianz aus den eher peripheren Bundesstaaten unter Führung des früheren Gouverneurs von Rio Grande do Sul, Getúlio Vargas, gegen die paulistanischen Kaffeebarone und Industriellen durchsetzte. Die Durchsetzung war jedoch partiell. Faktisch kam es zu einem gesamtbrasilianischen Bündnis von Agraroligarchie und industrieller Bourgeoisie, in das die Mittelklasse und die industrielle Arbeiterschaft in einer untergeordneten Position eingegliedert wurden (Novy/Fernandes 1999: 166 ff.). Mit einer Politik der „konservativen Modernisierung“ suchte der neue Machtblock einerseits die Zahlungsbilanzkrise in den Griff zu bekommen und der Akkumulation auf industriellem Gebiet neue Möglichkeiten zu erschließen und andererseits die ärmeren sozialen Klassen in die Schranken zu weisen. Das Projekt der „konservativen Modernisierung“ war ökonomisch wie politisch krisenanfällig. Auf kritische Situationen reagierte der Machtblock durch eine Zentralisierung der Macht und repressive Regierungsmethoden (Fiori 1995). Dies bedeutete unter anderem auch, daß periodisch die bundesstaatliche und kommunale Selbstverwaltung massiv eingeschränkt wurden.

Die Industrialisierung Brasiliens erfuhr nach 1930 einen Schub. Die Industrialisierung war jedoch stark auf Sao Paulo konzentriert. Hier waren die Quellen der Akkumulation am ergiebigsten, der Absatzmarkt am größten und die bestehende industrielle Basis am breitesten (siehe Cano 1998: Kap. 5, Almeida 1996b). Die industrielle Entwicklung Rio Grande do Suls blieb durch nicht-industrielle Konsumgüter, vor allem agrarischer Basis, geprägt. Klein- und Mittelbetriebe waren weiterhin wichtig, die Industriestruktur regional eher polyzentrisch, wobei Porto Alegre ein wichtiges Industriezentrum blieb. Bis in die 50er Jahre wurden die Industriegüter vor allem in Rio Grande do Sul selbst abgesetzt. Denn eine unzureichende Infrastruktur ließ die Herausbildung eines wirklichen nationalen Marktes nicht zu (Carrion Jr. 1993: 418 ff., Targa et al. 1998: 267 f., mit z.T. anderen Konnotationen Müller 1993: 364 ff.).

Das überkommene Wirtschaftsmodell Rio Grande do Suls geriet ähnlich wie jenes Uruguays in den 50er Jahren an seine Grenzen. Die Viehwirtschaft stagnierte, die Kleinlandwirtschaft litt zunehmend unter der Zersplitterung des Bodeneigentums, die industriellen Expansionsmöglichkeiten waren in den alten Bahnen erschöpft und Investitionen gingen vermehrt in Immobilien (Müller 1993: 388). Doch bot der in Sao Paulo konzentrierte Industrialisierungsprozeß in Brasilien einer ökonomischen Expansion Rio Grande do Suls Möglichkeiten, die Uruguay mit seiner kleinstaatlich begrenzten Importsubstitutionspolitik nicht besaß. Tatsächlich suchten die Landesregierungen Rio Grande do Suls den Ausweg aus der Krise in forcierter Industrialisierung, teils in passiver Anpassung an die nationale Politik, teils mit eigener Akzentsetzung. Für letztere trat speziell der linke Flügel der PTB um Leonel Brizola mit einer reformistischen Stoßrichtung ein. Er hatte vor allem in städtischen Zentren Rückhalt (Müller 1993: 370 ff., Pesavento 1997: 126 ff.). Der Militärputsch von 1964 setzte den reformistischen Bestrebungen an der Peripherie ein Ende. Die Militärregierungen setzten das konservative Industrialisierungsprojekt fort. Sie verstärkten in einer ersten Phase den bereits seit Ende der 50er Jahre erkennbaren Trend zur Produktion dauerhafter Konsumgüter, in einer zweiten Phase forcierten sie auch den Aufbau einer Kapitalgüterindustrie.

In das so modifizierte nationale Industrialisierungsmodell gliederte sich Rio Grande do Sul vor allem durch die vermehrte Produktion von Zwischengütern für die paulistanische Industrie ein, aber auch die Produktion dauerhafter Konsumgüter und einiger Kapitalgüter stieg signifikant (Carrion Jr. 1993: 420, Ceipek 1998: 90 ff.). Das jährliche Wirtschaftswachstum betrug real in den 60er Jahren 6,2%, in den 70er Jahren sogar 10,6% (Accurso 1993: 65, Tab. 1). Besonders dynamisch war hierbei das industrielle Wachstum in den 70er Jahren, als eine Wachstumsrate von 14,7% erreicht wurde (ibid.: 66, Tab. 2). Diese Dynamik kontrastiert stark mit der relativen Stagnation Uruguays in diesem Zeitraum. Die Eingliederung in einen großen, wachsenden Binnenmarkt, aber auch die stärkere Diversifikation im Agrarbereich dürften der Grund für den unterschiedlichen Wachstumspfad sein.

Der Beginn der 80er Jahre markierte aber auch für Rio Grande do Sul die Wende. Im Gefolge der Verschuldungskrise Brasiliens trockneten die Zentralregierungen den Binnenmarkt in den 80er Jahren aus. Die Folgen waren ökonomische Stagnation und eine verstärkte Exportorientierung der rio-grandensischen Wirtschaft, speziell auch der Industrie. Räumlich war diese Industrialisierungsphase in Rio Grande do Sul durch eine „konzentrierte Dekonzentration“ (Bandeira 1995: 232) gekennzeichnet. Der Anteil der Stadt Porto Alegre selbst an der industriellen Produktion des Bundesstaates sank von 1959 bis Ende der 80er Jahre von einem Viertel auf ein Zehntel, gleichzeitig stieg der Anteil des Nordostens Rio Grande do Suls, dessen Zentrum Porto Alegre ist, an der Industrieproduktion zwischen 1959 und 1988 von 55% auf 72% (Bandeira 1995: 232, siehe auch...). Porto Alegre wurde somit zunehmend zum Dienstleistungszentrum einer größeren Industrieregion. Sein Anteil am Bruttoinlandsprodukt Rio Grande do Suls lag zwischen 1959 und 1980 ziemlich stabil bei 22% bis 25% (Alonso 1994: 80, Tab. 6).

Die Wirtschaftskrise der 80er Jahre verschärfte die politische Krise des Militärregimes. Der Widerstand gegen die Diktatur nahm zu. Gerade der Süden des Landes, speziell Porto Alegre, war eines der Zentren der Bewegung gegen die Diktatur. Ab Anfang der 80er Jahre setzte sie die schrittweise Redemokratisierung der städtischen,



bundes- und zentralstaatlichen Strukturen durch. Sie forderte nicht nur eine Demokratisierung, sondern auch eine Dezentralisierung. Diese wurde durch die Verfassung von 1988 auch festgeschrieben. Sie sah speziell eine Stärkung der Finanzkraft von Gemeinden und Bundesstaaten vor.

Vor dem Hintergrund einer tendenziellen Heterogenisierung der Wirtschaftsentwicklung war eine Dezentralisierung sowohl für die Rechte als auch für die Linke interessant. Den Rechtsparteien und der populistischen Linken mit ihren ausgeprägten Klientelstrategien gab die Dezentralisierung Mittel zur Festigung ihrer regionalen Hochburgen in die Hand. Der neuen Linken, speziell dem aus den sozialen Bewegungen entstandenen Partido dos Trabalhadores (PT), konnte sie die Perspektive zur Entwicklung lokaler oder regionaler Gegenprojekte eröffnen. Diese Chance wurde in Porto Alegre und Rio Grande do Sul am stärksten genutzt. Dabei konnte die PT auf das Erbe des positivistischen Staates wie der Linksströmungen von Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre zurückgreifen.

Zunächst sah es aber so aus, als ob der Partido Democrático Trabalhista (PDT) in Porto Alegre an das linke Erbe der 50er und frühen 60er Jahre anknüpfen könnte. Auf nationaler Ebene wurde der PDT vom prominenten Gaúcho-Politiker Lionel Brizola, einem früheren PTB-Gouverneur von Rio Grande do Sul, angeführt, in Brasiliens äußerstem Süden vermochte der PDT an die Traditionen der PTB anzuknüpfen. Die starken Stadtteilbewegungen Porto Alegres, die sich Anfang der 80er Jahre zu einem städtischen Dachverband zusammenschlossen, unterstützten in der ersten freien Bürgermeisterwahl im Jahr 1985 den PDT-Kandidaten. Sie erwarteten sich eine Verbesserung der Lebensbedingungen. Um hierfür einen verbindlichen partizipatorischen Rahmen zu schaffen, forderten sie einen partizipatorischen Budgetstellungsprozess. Verbal zeigte der PDT-Bürgermeister sich für die Forderung aufgeschlossen, real tat er nichts in diese Richtung. Vielmehr verfolgte er eine linkspopulistische Klientelpolitik und hinterließ eine zerrüttete Stadtverwaltung und eine verschlissene Infrastruktur. Die Stadtteilbewegungen, in denen die PT zunehmend Gewicht gewonnen hatte, entschlossen sich daher im Jahr 1988, den PT-Kandidaten, Olívio Dutra, zu unterstützen (Abers 1996: 6 f., siehe auch Navarro 1997: 185 ff.).

Dutra gewann die Wahlen, und die PT-Stadregierung machte das „partizipative Budget“ zum Kern ihres städtischen Staatsprojekts. Der Anfang war jedoch schwer. Die städtischen Konten befanden sich im Chaos, 98% der laufenden Einnahmen gingen 1989 in Personalausgaben (Campello 1994: 71). Der Spielraum für städtische Investitionsentscheidungen und eine entsprechende Bürgerbeteiligung präsentierten sich daher als gering. Dennoch gelang es der PT-Regierung, mit einer Verwaltungsreorganisation und Gehaltsreform (Campello 1994) sowie einer einnahmensteigernden Steuerreform (Cassel/Verle 1994, Augustin Filho 1997) neue Spielräume zu schaffen und parallel eine partizipative Budgeterstellung im Bereich der kommunalen Investitionen zu institutionalisieren (Schwaiger 1996, Becker 1996, Augustin Filho 1994, Abers 1996, Navarro 1997). Um den Prozeß einer partizipativen Budgeterstellung in einer 1,3 Mio.-Stadt handhabbar zu machen, wurde Porto Alegre in 16 Regionen aufgeteilt. Der Budgetzyklus in jeder Region beginnt mit Versammlungen, in denen die Stadtverwaltung zu den Realisierung des letzten Investitionsplans Rede und Antwort steht. Hier wird auch der Prozeß der laufenden Budgeterstellung präsentiert. Diese Versammlungen haben eher mobilisierenden Charakter. In den folgenden Wochen werden in Versammlungen auf Nachbarschaftsebene die konkreten lokalen Investitionsprioritäten festgelegt. Die 16 gewählten Regionalforen formen aus den Nachbarschaftsvorschlägen ein gemeinsames regionales Investitionsprogramm und verhandeln hierüber mit der Verwaltung. Sie überwachen auch die konkrete Umsetzung der Projekte. Bei der Entscheidungsfindung auf gesamtstädtischer Ebene gehen als Gewichtung sowohl die Präferenzen der Betroffenen als auch sozio-ökonomische Kriterien (Mangel an Infrastruktur, arme Bevölkerung in der Region, Anteil an der Gesamtbevölkerung) ein.

Nun gibt es auch Investitionsentscheidungen, die weit mehr als eine Stadtregion betreffen. Um diese Entscheidungen auch in den partizipativen Budgetstellungsprozeß zu integrieren und über die Nachbarschaftsvereine hinaus Gewerkschaften, Berufsvereinigungen, Unternehmerverbände und diverse Nichtregierungsorganisationen einzubeziehen, schuf die Stadregierung 1994 fünf thematische Foren zu Bildung, Gesundheit und sozialen Diensten, Verkehr, Stadtorganisation und Entwicklung sowie Wirtschaftsentwicklung. Sowohl aus jeder Region als auch aus jedem thematischen Forum werden je zwei Delegierte in den Conselho do Orçamento Participative gewählt. Dieser hat die Aufgabe, die Verteilung der Investitionen zwischen den Regionen und übergreifende Investitionen zu entscheiden.

Für die Beteiligten lohnte sich ihr Engagement. Die Investitionsprioritäten haben sich verschoben. Prestigeträchtige Investitionsprojekte rückten zugunsten kleinerer Projekte an der Peripherie in den Hintergrund. So wurden zahlreiche Straßen in den Favelas asphaltiert, so daß diese auch bei Regen für Busse und sonstige Fahrzeuge zugänglich wurden, die zuvor im Schlamm steckengeblieben waren. Damit wurden manche Stadtviertel wesentlich besser in die Stadt integriert. Mit der Zeit profitierten auch Mittelklasseviertel von der städtischen Investitionspolitik.

Dank der gestiegenen Akzeptanz bei den städtischen Ausgaben und der Stärkung der kommunalen Fiskalkraft durch die neue Bundesverfassung aus dem Jahr 1988 konnte die PT-Stadregierung auch die städtische Finanzbasis ausbauen. Dies erlaubte ihr, den Anteil der Investitionen an den städtischen Ausgaben ziemlich stabil auf ca. 17% zu halten (Augustin Filho 1994: 58, Tab. 1). Den städtischen Haushalt versucht die PT-Regierung ausgeglichen zu halten, da bei Realzinsen von zeitweise 50% ansonsten rasch eine städtische Finanzkrise drohen würde.

Scharf wandte sich der derzeitige PT-Bürgermeister Porto Alegres, Raul Pont, auf einem Treffen der Mercocidades in Montevideo im März 1999 auch gegen einen Steuersenkungswettbewerb um die Anziehung von Firmen, der die kommunale Finanzkraft schwächt. Die Verhandlungsmacht der Stadtregierung ist allerdings gegenüber Investoren vermutlich auch höher als jene anderer Städte, da die Stadtverwaltung als sehr leistungsfähig gilt, die Kriminalität für brasilianische Verhältnisse gering ist und die Stadt geographisch im Mercosur günstig liegt (siehe Alonso 1997: 75 f.). Die Stadtpolitik dürfte letztlich vor allem mit den Anforderungen des Dienstleistungskapitals gut kompatibel sein (siehe zu Firmenansiedlungen [www.zh.com.br](http://www.zh.com.br), 6.12.1999). Und die Stadt hat sich in den letzten Jahren noch verstärkt in Richtung Dienstleistungszentrum entwickelt, der Anteil der Dienstleistungen (ohne Handel) am städtischen Sozialprodukt war bereits bis 1990 auf 61% gestiegen, während der Anteil der verarbeitenden Industrie nur noch bei 22% lag (Porto Alegre-Prefeitura 1998: 18). Ihre Verhandlungsspielraum nutzte die Stadtregierung zum Beispiel, um mit der französischen Handelskette Carrefour als Gegenleistung für die Genehmigung eines riesigen Shopping Centres konkrete Unterstützungen für das Viertel und einen Beschäftigtenanteil von 5% für Schwarze in dem Verkaufstempel auszuhandeln (Gespräch mit Carlos Winckler, November 1999). Gewisse Akzente hat die Stadt auch bei der Förderung von Klein- und Mittelbetrieben sowie der Technologiepolitik gesetzt (Alonso 1997). Trotzdem hat die brasilianische Krise der 90er Jahre auch Porto Alegre ökonomisch hart getroffen, wenn auch weniger hart als sein industrielles Hinterland. So hat die statistisch erfaßte Arbeitslosigkeit im Agglomerationsraum Porto Alegres von einem Tiefpunkt von 10,2% im Jahr 1995 (Zaions/Costa 1998: 243, Tab. 2) allein bis zum September 1999 auf 19,6% (Governo do Estado do Rio Grande do Sul 1999: 10) mit weiter steigender Tendenz zugenommen. Speziell in den Marginalvierteln ist sie hoch.

Trotz der beträchtlichen Arbeitslosigkeit hat die PT ihre Position bei den ärmeren Schichten gefestigt und über die Verbesserung der Infrastruktur und die gut funktionierende Stadtverwaltung auch in den wohlhabenden Vierteln gepunktet (Abers 1996: 16). Unmittelbar an dem Budgeterstellungprozeß partizipieren etwa laut dem Stadtverordneten Joao Verle jährlich etwa 20.000 Personen (Becker 1996: 25). „Während die meisten der Teilnehmer im allgemeinen arme Bevölkerungssektoren vertreten, sind sie doch meist nicht zu den Ärmsten zu zählen. Das heißt, sie haben niedrige Löhne, verfügen aber über mehr oder weniger regelmäßige Einkommen und mehr oder weniger stabile Häuser“, resümiert die US-amerikanische Soziologin Rebecca Abers (1996: 18, siehe auch CIDADE 1999: Teil I mit aktuelleren Daten) eine von ihr durchgeführte Untersuchung. Im Verlauf der 90er Jahre hat sich das direkte Engagement der wohlhabenderen Bevölkerungsgruppen am Orçamento Participative verstärkt (De Olho no Orçamento 1999: 2).

Die klientelistische Politikkultur hat die PT über das partizipative Budget gründlich aufgebrochen. „Statt als Bittsteller zur Stadtregierung zu pilgern, gehen die Leute nun in die Versammlungen des Partizipativen Budgets“, konstatiert Paula Xavier von der Stadtverwaltung (zit. n. Becker 1996: 26). Parallel hat sich auch das Verhältnis der sozialen Bewegungen zu Stadtregierung und -verwaltung verändert. An die Stelle des Konflikts ist der Dialog getreten. Die sozialen Bewegungen sind zunehmend in den lokalen Staat integriert worden (Gespräch mit Carlos Winckler, November 1999). Damit hat der lokale Staat der PT an Kompaktheit gewonnen. Der potentielle Bruchpunkt liegt in der PT selbst, konkret in der Konkurrenz verschiedener Strömungen in der PT, die auch Verbündete in den sozialen Bewegungen suchen. Bislang konnte die PT in Porto Alegre jedoch die Balance zwischen den verschiedenen Strömungen halten.

Das Beispiel Porto Alegres hat auf andere Kommunen in Rio Grande do Sul ausgestrahlt und nach und nach auch die Position der PT auf Ebene des Bundesstaates gestärkt. 1998 wurde erstmals ein Kandidat der PT zum Gouverneur von Rio Grande do Sul gewählt. Es war Olivio Dutra, der erste PT-Bürgermeister von Porto Alegre. Er suchte Grundelemente der erfolgreichen Lokalpolitik auf die Ebene des Bundesstaates zu übertragen.

Kern des bundesstaatlichen Staatsprojekts der PT ist ein „partizipatives Budget“ auf der Ebene Rio Grande do Sul. Ähnlich wie in Porto Alegre ist parallel zur konventionellen Verwaltungs- und Entscheidungsstruktur ein partizipativer Modus der Budgeterstellung institutionalisiert worden (Estado do Rio Grande do Sul 1999).

Ähnlich wie in Porto Alegre zielt das bundesstaatliche „partizipative Budget“ auf den Machtkern der bislang politisch dominanten Kräfte, das klientelistische Bindemittel. Entsprechend stark sind die Widerstände. Dies ist die eine Konfliktlinie um das Budget, die andere besteht mit der brasilianischen Zentralregierung. Diese sucht über die Verschuldung der Bundesstaaten bei zentralstaatlichen Institutionen maßgeblichen Einfluß auf die Bundesstaaten zu nehmen. Der Bundesstaat Rio Grande do Sul hat in der Vergangenheit eine besonders starke Verschuldungsdynamik gezeigt, die durch die Hochzinspolitik der brasilianischen Zentralbank eine extreme Beschleunigung erfuhr. Die Finanzflüsse zwischen Zentralregierung und Bundesstaaten wie die Geldpolitik sind nicht nur ein zentraler Konfliktpunkt im Verhältnis zwischen der PT-Regierung Rio Grande do Suls und der an Finanzinteressen orientierten Zentralregierung F.H. Cardosos, sondern zieht weitere Kreise. Die Bildung eines stärker an Produktionsinteressen orientierten Bündnisses mehrerer Bundesstaaten gegen die Zentralregierung – ähnlich der Konstellation im Jahr 1930 – scheint nicht ausgeschlossen.

Vom Ausgang dieses Konfliktes werden nicht zuletzt die konkreten Handlungsspielräume der PT-Regierung in Brasiliens südlichstem Bundesstaat abhängen. Dies gilt auch für ihre Wirtschaftsstrategie. Im Gegensatz zur Bundespolitik, die sich den Finanzinteressen verschrieben hat, will die PT-Regierung den produktiven Sektor fördern (Faria 1999: 25). Ausgangspunkt ihrer Überlegung ist, daß immer noch etwa 40% des regionalen BIP unmittelbar oder mittelbar im Zusammenhang mit der Landwirtschaft stehen. Daher ist ein Element ihrer

regionalen Strategie eine Landreform, die sich vor allem auf Gebiete im niedergehenden Süden konzentriert. Sie will der eher kleinbetrieblichen Landwirtschaft sowie darauf aufbauenden Verarbeitungsketten und Vermarktungseinrichtungen spezielle Aufmerksamkeit zuteilwerden lassen. Bestehende regionale Wertschöpfungsketten sollen forciert werden, aber auch an die Förderung neuer Branchen (z.B. Elektronik, Gesundheit, Biotechnologie) ist gedacht (Faria 1999: 26 f.). Diese Entwicklungen sollen durch eine entsprechende Technologiepolitik gefördert werden (Villaverde 1999). Es handelt sich also um eine aktive Regionalpolitik, die am Bestehenden – eher kleinbetriebliche Strukturen, immer noch relativ große Bedeutung des agro-basierten Sektors – ansetzt. Zum Teil hat diese Politik aber durchaus defensiven Charakter. Denn gerade einige Teile der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelindustrie sehen sich durch die Öffnung zum Mercosur starker Konkurrenz durch Argentinien und Uruguay ausgesetzt (Teruchkin 1998: 74). Die Handelsbilanz Rio Grande do Sul mit diesen beiden Staaten ist notorisch defizitär (ibid.: 82, Tab. 1). Als zusätzliches Hindernis könnte sich erweisen, daß einige der anvisierten Sektoren, z.B. Milch, jüngst durch transnationale Konzerne im Rahmen mercosur-weiter Strategien übernommen worden sind bzw. Auslandskapital wichtige Teile des Handels aufkauft (siehe [www.zh.com.br](http://www.zh.com.br), 6.12.1999). Hingegen ist die Banrisul, die ein potentiell wichtiges Finanzierungsinstrument einer PT-Regionalpolitik wäre, als einzige brasilianische Landesbank bislang nicht privatisiert worden.

In mancher Beziehung steht das PT-Projekt in Kontinuität zum positivistischen Entwicklungsmodell der letzten Jahrhundertwende. Der zentrale Unterschied und die Originalität des PT-Projekts liegt in seinem demokratischen Charakter und damit verbunden in seiner Staatsreform. Sollte sich der PT-Regionalstaat konsolidieren, dürfte er – ähnlich wie der Lokalstaat – die sozialen Bewegungen integrieren. Ein konsolidiertes Projekt auf Ebene des Bundesstaates würde auch die linke Lokalpolitik weiter stabilisieren. Daher ist Rio Grande do Sul für die PT von so besonderer Bedeutung. Aufgrund der spezifischen historischen Voraussetzungen sind die Erfahrungen Rio Grande do Sul auf andere Regionen Lateinamerikas nicht so ohne weiteres übertragbar.

#### Zweimal linke Stadtpolitik: Parallelen und Nuancierungen

Die politische Besonderheit Uruguays und Rio Grande do Sul liegt in der sozial ausgleichenden Politik „konservativer Modernisierung“, die eine im regionalen Kontext weniger polarisierte Einkommensverteilung und moderne Staatlichkeit hervorbrachte. Die soziale Basis dieses Entwicklungsweges lag in Uruguay in der großen Metropole Montevideo, in Rio Grande do Sul in Kleinlandwirtschaft und städtischen Interessengruppen. Montevideo erfuhr den Hauptschub seiner Entwicklung als regionales Handelszentrum. Die produktive Basis dieses Handelszentrums war jedoch beschränkt. Die ökonomische Bedeutung Porto Alegres war zunächst räumlich wesentlich eingeschränkter. Das wirtschaftliche Umfeld entfaltete jedoch eine stärkere Diversität, die nicht zuletzt auch mit der Kleinlandwirtschaft im Zusammenhang stand. Das industrielle Wachstum Porto Alegres und seines Umlands erhielt durch die Eingliederung in den nationalen brasilianischen Markt Impulse, welche der Industrie Montevideos mit der kleinstaatlichen Beschränktheit abgingen. Von daher kann Porto Alegre auch im Mercosur eine breitere Wirtschaftsbasis zur Geltung bringen. Dies hat auch Konsequenzen für die steuerliche Basis von Lokalpolitik. Diese ist in Porto Alegre auch insofern breiter, als die brasilianische Finanzverfassung den Gemeinden größere Spielräume als die uruguayische läßt.

Ansatzpunkt für eine progressive Kommunalpolitik war in beiden Fällen eine Reform des Lokalstaats sowie einer Verbesserung der städtischen Infrastruktur. Die Staatsreform war in Porto Alegre insofern radikaler, als sie den zentralen Bereich des Budgets demokratisierte. In beiden Fällen profitierten zunächst vor allem die Peripheriegebiete vom Infrastrukturausbau, dann aber auch die Mittelklasse. Die Linksparteien entwickelten eine Bindungskraft bis weit in die städtischen Mittelklasse hinein. Die Stadtprojekte sind mit der Entwicklung eines starken Dienstleistungssektors grundsätzlich gut kompatibel, obgleich es in Montevideo im Detail durchaus konkrete Widersprüche gibt. Wesentlich schwerer tun sich die Stadtregierungen mit der Krise des Produktionssektors und dessen sozialen Konsequenzen, wie hoher Arbeitslosigkeit der Industriearbeiterschaft. Diese Probleme dürften auch auf rein lokaler Ebene nur begrenzt behebbar sein. Daher haben sich sowohl die Frente Amplio in Uruguay als auch der Partido dos Trabalhadores in Rio Grande do Sul auf eine Regierungsübernahme auf Ebene des National- bzw. des Regionalstaates orientiert. Kleine, städtische Inseln der Seligkeit haben es – auch bei sehr geschickter Kommunalpolitik – in einem feindlichen Ozean sehr schwer (siehe Heeg/Brenner 1999).

Dieser Beitrag wurde durch das Forschungsprojekt 12378-OEK des FWF gefördert

#### Literatur:

Abers, R. (1996): Learning Democratic Practice: Distributing Government Resources Through Popular Participation in Porto Alegre, Brazil. (Mimeo)

Accurso, C.F. (1993): Relações macroeconômicas da economia gaúcha (1960-1985). In: Indicadores Econômicos FEE, 21(3), S. 63-94

- Almeida, P.F.C. (1996a): A gestação das condições materiais da implantação da indústria gaúcha. In: Targa, L.R.P. (Hg.): Gaúchos & Paulistas. Dez escritos de história regional comparada. Porto Alegre, S. 93-116
- Almeida, P.F.C. (1996b): As razões materiais da posição periférica da indústria gaúcha na industrialização restringida brasileira. In: Targa, S. 117-140
- Alonso, J.A.F. (1994): Análise do crescimento da Região Sul nas últimas décadas – 1959-1990. In: Alonso, J.A.F. et al.: Crescimento econômico da Região Sul do Rio Grande do Sul. Causas e perspectivas. Porto Alegre, S. 49-94
- Alonso, J.A.F. (1997): A inserção de Porto Alegre na nova ordem internacional e o enfrentamento do problema social local. In: Genro, T. (Hg.): Porto da cidadania. Porto Alegre, S. 51-82
- Altmark et al.
- Anachini, J.J. (1969): El sector industrial. Nuestra Tierra 21, Montevideo
- Astori, D. (1996): La política económica de la dictadura. In: Astoria, D. et al.: El Uruguay de la dictadura (1973-1985). Montevideo
- Augustin Filho, A. (1994): A experiência do Orçamento Participativo na Administração Popular da Prefeitura Municipal de Porto Alegre. In: Horn, C.A. (Hg.): Porto Alegre: o desafio da mudança. Porto Alegre, S. 49-68
- Augustin Filho, A. (1997): Finanças públicas. In: Genro, S. 91-100
- Bandeira, P.S. (1994): As raízes históricas do declínio da Região Sul. In: Alonso et al., S. 7-48
- Bandeira, P.S. (1995): A economia da Região Sul. In: Affonso, R.B.A./Silva, P.L.B. (Hg.): Desigualdades regionais e desenvolvimento. São Paulo, S. 225-251
- Becker, J. (1996): PT-Erfolge durch Partizipation. In: *ila*, Nr. 201, S. 25 f.
- Becker, J./Novy, A. (1999a): Divergence and Convergence of National and Local Regulation: the Case of Austria and Vienna. In: *European Urban and Regional Studies*, 6(2), S. 127-143
- Becker, J./Novy, A. (1999b): Chancen und Grenzen einer alternativen Kommunalpolitik in Wien. Ein historischer Überblick. In: *Kurswechsel*, 2, S. 5-16
- Becker, J./Raza, W. (1999): Gran Crisis of Crisis Permanente: unos apuntes sobre una periodización comparada de Austria y del Uruguay. In: *Proceedings of Segundas Jornadas de Historia Económica*. Montevideo (CD-Rom)
- Bértola, L. (1991): La industria manufacturera uruguaya 1913-1961: un enfoque sectorial de crecimiento, fluctuaciones y crisis. Montevideo
- Caetano, G./Rilla, J. (1996): La era militar. In: Astori et al., S. 37-72
- Calloia, F. et al. (1984): La deuda externa y la crisis uruguaya. Montevideo
- Campello, T.H.G.B. (1994): A política salarial dos servidores públicos de Porto Alegre no Governo Olívio Dutra. In: Horn, S. 69-82
- Cancela, W./Melgar, A. (1985): El desarrollo frustrado. 30 años de la economía uruguaya, 1955-1985. Montevideo
- Cano, W. (1998, 2. erw. Aufl.): Desequilíbrios regionais e concentração industrial no Brasil, 1930-1995. Campinas
- Capandeguy, D./Crocco, C. (1994): Tipología de soluciones habitacionales. In: Instituto de Arquitectura y Urbanismo (Hg.): Montevideo: una aproximación. Montevideo, S. 142-174

- Carrion Jr., F.M. (1993, 2. Aufl.): A economia do Rio Grande do Sul – Evolução recente. In: Dacanal, J.H./Gonzaga, S. (Hg.): RS: Economia & Política. Porto Alegre, S. 403-424
- Cassel, G./Verle, J. (1994): A política tributária e de saneamento financeiro da Administração Popular. In: Horn, S. 27-48
- Caumont, J.C. (1998): El sistema financiero uruguayo. Sus perspectivas. Montevideo
- Ceipek, S. (1998): Regionale Regulation in Rio Grande do Sul. Wien (WU Wien, unveröff. Diplomarbeit)
- CIDADE – Centro de Assessoria e Estudos Urbanos (1999): Quem é o público do Orçamento Participativo: seu perfil, por que participa e o que pensa do processo. Porto Alegre
- Cocci, A.M. et al. (1980): La urbanización en Uruguay en la época de la inmigración europea. In: Industrialisation des pays de la Plata. Eveils et somnolences. Paris, S. 3-31
- Convenio UTE-Universidad de la República (o.J.): Datensatz zu Montevideo
- Costa Bonino, L. (1988): Crisis de los partidos tradicionales y movimiento revolucionario en el Uruguay. Montevideo
- Dressler, K. (1978): Uruguay. In: Bennholdt-Thomsen, V. et al. (Hg.): Lateinamerika. Analysen und Berichte 2. Berlin
- Equipo 23 (1995): De generaciones. Lo que nos separa o nos une no es solo el tiempo. Montevideo
- Estado do Rio Grande do Sul-GOF/GRC (1999): Orçamento Participativo do RS. Proposta para o processo 1999/2000. O.O. (Porto Alegre)
- Faria, L.A.G. (1999): Crise, desenvolvimento e solidariedade. In.: J.L.Marques (Hg.): Rio Grande do Sul: estado e cidadania. Porto Alegre, S. 23-30
- Filgueira, C./Filgueira, F. (1994): El largo adiós al país modelo. Políticas sociales y pobreza en Uruguay. Montevideo
- Finch, H. (1993): Utopia in Uruguay Redefined: Social Welfare Policy After 1940. In: Abel, C./Lewis, C.M. (Hg.): Welfare, Poverty and Development in Latin America. London
- Fiori, J.L. (1995): O vôo da coruja. Uma leitura nao-liberal da crise do estado desenvolvimentista. Rio de Janeiro
- Governo do Estado do Rio Grande do Sul (1999): Prestação de Contas do Governo do RS/1999. Porto Alegre
- Heeg, S./Brenner, N. (1999): Lokale Politik und Stadtentwicklung nach dem Fordismus: Möglichkeiten und Beschränkungen. In: Kurswechsel, Nr. 2, S. 103-119
- Jacob, R. (1981): Depresión ganadera y desarrollo fabril. Montevideo
- Jacob, R. (1983): El Uruguay de Terra 1931-1938. Montevideo
- Jacob, R. (1988): Model batllista. Variación sobre un viejo tema? Montevideo
- Jacob, R. (1996): Más allá de Montevideo: los caminos del dinero. Montevideo
- Kroch, E. (1998): Wohnen in Montivideo. In: ila, 217, S-8-11
- Lopez Gallero, A. 1993): Uruguai: espaço financeiro internacional. In: Scarlato, F.C. et al. (Hg.): O nova mapa do mundo. Globalização e espaço latino-americano. Sao Paulo, S. 167-177
- Macadar, L. (1992): Restauración democrática y política económica. Uruguay 1985-1989. Montevideo
- Macedo, F.R. (1993): História de Porto Alegre. Porto Alegre

- Mariano, C.N. (1998): Operación Cóndor. Terrorismo de Estado en el Cono Sur. Buenos Aires
- Mendez Vives (1992, 10. Aufl.): El Uruguay de la modernización. Historia Uruguaya. Tomo 5. 1876-1904. Montevideo
- Millot, J. et al. (1973): El desarrollo industrial del Uruguay. De la crisis de 1929 a la post-guerra de la Segunda Guerra Mundial. Montevideo
- Millot, J./Bertino, M. (1996): Historia económica del Uruguay. Tomo II. 1860-1910. Montevideo
- Müller, G. (1993, 2. Aufl.): A economia política gaúcha dos anos 30 aos 60. In: Dacanal/Gonzaga, S. 358-402
- Nahum, B. et al. (1994): El fin del Uruguay liberal. Historia Uruguaya. Tomo 8 – 1959-1973. Montevideo
- Navarro, Z. (1997): Um análise do Orçamento Participativo: sua implantação e desenvolvimento. In: Genro, S. 179-236
- Novy, A./Fernandes, A. (1999): Krise als Normalzustand? – Kleine und große politökonomische Veränderungen in Brasilien. In: Feldbauer, P. et al. (Hg.): Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise (1929-1999). Wohin treibt die Peripherie? Wien/Frankfurt, S. 161-182
- Noya, N. et al. (1998): Uruguay. In: Fanelli, J.M./Medhora, R. (Hg.): Financial Reform in Developing Countries. Ottawa, S. 156-193
- O'Donnell, G. (1996, 2. Aufl.): El estado burocrático autoritario. Triunfos, derrotas, crisis. Buenos Aires.
- Percovich, M (1998): Die Linke an der städtischen Macht. Interview mit der Frente Amplio-Abgeordneten Margarita Percovich. In: *ila*, 217, S. 17-20
- Pesavento, S.J. (1993, 2.Aufl.): A República Velha gaúcha: „estado autoritário e economia“. In: Dacanal/Gonzaga, S. 193-228
- Pesavento, S.J. (1997, 8. Aufl.): História do Rio Grande do Sul. Porto Alegre
- Porto Alegre-Prefeitura (1998): Porto Alegre: Socioeconomics. Porto Alegre
- Raza, W. (2000): Socio-spatial polarization, deviant local politics and postfordism: the case of Montevideo. Wien (Ms.)
- Reichel, H.J. (1993, 2. Aufl.): A industrialização no Rio Grande do Sul na República Velha. In: Dacanal/Gonzaga, S. 255-273
- Reichel, H.J./Gutfreind, I. (1998): As raízes históricas do Mercosul. A Região Platina Colonial. São Leopoldo
- Risso Ferrand, M. (1989): Descentralización territorial en Uruguay. Evolución y situación actual. Montevideo
- Schwaiger, E. (1996): Die partizipative Budgeterstellung in Porto Alegre. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, 12(3), S. 331-342
- Silveira, O. (1995): Montevideo, un model de descentralización. In: *Perfiles Liberales*, 44, S. 42-44
- Stolovich, L. et al. (1987): El poder económico en el Uruguay actual. Montevideo
- Targa, L.R.P. (1996a): O Rio Grande do Sul: fronteira entre duas formações históricas. In: *Targa*, S 17-47
- Targa, L.R.P. (1996b): Violência revolucionária e fundação do Estado burguês. In: *Targa*, S. 81-92
- Targa, L.R.P. et al. (1998): O Rio Grande do Sul e o mercado nacional. In: Targa, L.R.P. (Hg.): *Breve inventário de temas do sul*. Porto Alegre, S. 225-270
- Teruchkin, S.U. (1998): O intercâmbio comercial do RS com os países do Mercosul: 1992-abril/98. In: *Indicadores Econômicos FEE*, 26(2), S. 64-95

Vaillant, M. (1996): Uruguay. Comercio, fronteras políticas y geografía: un enfoque regional de la integración económica. In: Fundación para el desarrollo regional y local/Fundación Friedrich Ebert (Hg.): III ciclo de foros multisectoriales sobre cuestiones estratégicas de la Argentina – año 1.996 -. Córdoba, S. 107-120

Villaverde, A. (1999): Superar a política dependente em ciência e tecnologia. In: Marques, S. 113-136

Winn, P. (1975): El imperio informal británico en el Uruguay en el siglo XIX. Montevideo.

Zaions, D./Costa, I. (1998): Caracterização do desemprego na RMPA. In: Indicadores Econômicos FEE, 26(2), S. 226-251

Zubillaga, C./Perez, R. (1996): La democracia atacada. In: Astori et al., S. 1-36

Brecha (Montevideo), versch. Ausgaben

De Olho no Orçamento (Porto Alegre), 1999, 5(9)



Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung  
Wirtschaftsuniversität Wien  
Abteilungsleiter: o.Univ.Prof. Edward M. Bergman, PhD

Roßauer Lände 23/3  
A-1090 Wien, Austria

Tel.: +43-1-31336/4777 Fax: +43-1-31336/705 E-Mail: [sre@wu-wien.ac.at](mailto:sre@wu-wien.ac.at)  
<http://www.wu-wien.ac.at/inst/sre>